

## Wieder Zoff um Primeo-Fonds

Die Bank Austria muss sich erneut mit der Causa rund um Bernard Madoff, die Anlegern Millionenverluste beschert hat, auseinandersetzen. Wie aus einer FORMAT vorliegenden Nachtragsanzeige hervorgeht, hat die Bank den Emissionsprospekt für den von ihr aufgelegten Primeo-Fonds nachträglich geändert. Grund dafür war, dass die FMA den ursprünglichen Prospekt nicht genehmigt hatte, da die HSBC nicht selbst als Depotbank fungierte, sondern Madoff als „Subcustodian“ einsetzte. Dies widersprach aber österreichischem Recht. Anstatt die Ungereimtheit aufzuklären, wurden die kritischen Passagen von der Bank Austria einfach gestrichen, alles beim Alten gelassen und der Prospekt noch einmal eingereicht. „Hierdurch wurden nicht nur die FMA getäuscht ..., sondern vor allem die Anleger, an die sich der Prospekt gerichtet hat.“ Anlegervertreter und Anwalt Ronald Rast sieht in dem Vorgehen der Bank „glatten Betrug“. Die Bank Austria lässt über eine Sprecherin ausrichten: „Die Behauptungen sind falsch und irrelevant. Die Prospekte waren vollständig und richtig, wobei die Adaptionen auf Wunsch der Finanzmarktaufsicht vorgenommen wurden. Selbstverständlich gab es mit der HSBC eine verantwortliche Depotbank.“



wegen: 85 146, 147 Abs 1 Z 1 und Abs 3, 148 S 10 B

4. NACHTRAGSANZEIGE

**GETÄUSCHT?**  
Bank Austria änderte nachträglich Primeo-Fonds-Prospekt.

Hierdurch wurden nicht nur die FMA getäuscht, dass namentlich die Depotbank die Aufgabe wieder wahrnimmt, sondern vor allem die Anleger, an die sich der Prospekt gerichtet hat.

Auch der Berechnungsvorsatz liegt auf der Hand, zumal den Prospektentwerfern klar war, dass Madoffs/SMIS einer korrekten Konstruktion nicht zustimmen würde (da diese ja ansonsten das Schwabellager unmöglich gemacht hätte). Auch die hohen Gebühren (für die es ohnehin keine Gegenleistung gab) hätte für die UniCredit Bank Austria AG in diesem Fall nicht kitzeln können.

## kommentar



Meinhard Novak, Rechtsanwalt in Wien

## Privatisieren, aber richtig

Zukünftige Privatisierungen benötigen neue rechtliche Regeln. Horizontale, projektbezogene Privatisierung heißt das Zauberwort. Ein Beispiel: Die Bundesforste (Republik Österreich) besitzen Berge und Flüsse. Die werden nicht verkauft, sondern in eine gemeinsame Gesellschaft z. B. mit dem Verbund eingbracht. Die neue Gesellschaft baut und betreibt z. B. Pumpkraftwerke und wird anschließend an die Börse gebracht, damit sich Private daran beteiligen können. Es kommt damit zu keinem vertikalen Abverkauf („Verscherbeln“) von Staatseigentum. Für diesen neuen Privatisierungsansatz muss das ÖIAG-Gesetz geändert werden. Darüber hinaus müsste der Privatisierungsauftrag erweitert bzw. geändert werden. Ein einfacher Abverkauf von allen staatlichen Beteiligungen ist keine Lösung, mit ein wenig juristischer Raffinesse könnte es aber gehen. Und die ÖIAG sollte in Zukunft als rechtliche Plattform für solche Projekte dienen.

## Europarecht mit Topexperten

Beginnend mit 22. 8., startet ARS einen neuen Lehrgang „Europarecht“ mit sieben Seminaren. Topjuristen wie Bundeskartellanwalt Alfred Mair konnten als Lektoren gewonnen werden. **Der erste FORMAT-Leser, der sich unter [co@ars.at](mailto:co@ars.at) meldet, darf gratis an einem Seminar teilnehmen.**

## Venedig verlangt Touristensteuer

Ab 24. August wird Venedig für Touristen noch ein wenig teurer. Die Stadt hebt ab dem Tag nämlich eine Steuer bei jenen Touristen ein, die in der Lagunenstadt übernachten. Für ein Fünf-Sterne-Hotel sind das fünf Euro pro Nacht, in einer Ferienwohnung sind es nur zwei Euro.

## Kleiner als AvW-Gutachter weg

Das OLG Graz hat Fritz Kleiner als Gutachter im AvW-Prozess abberufen. Er sei befangen, weil er sowohl im Strafverfahren gegen Auer von Welsbach ein Gutachten (um 600.000 Euro) erstellt hatte als auch zuletzt für die AvW-Masseverwalter tätig war.



ABBERUFEN. Gutachter Fritz Kleiner war bei AvW zu aktiv.

## personalities der woche



**Karin Gastinger, 47**, Beraterin bei PwC und Exjustizministerin, hat ein Buch über Interne Revision mit dem Titel „Prüfung des öffentlichen Sektors“ herausgegeben.



**Ales Lunder, 50**, Partner von CMS in Slowenien, hat den serbischen Getränkehersteller Nectar bei der Übernahme des slowenischen Konkurrenten Fructal beraten.



**Stephan Plankensteiner, 30**, kehrt der Advokatur den Rücken und steigt bei den Grazer Notaren Pisk & Wenger ein. Der Anwalt war früher bei Berger Saurer Zöchbauer.

## ticker die newsflashes der woche

**+++ Gebühren.** Die ÖRAK fordert angesichts der jüngsten Gebührenerhöhung in der Justiz „rasches Handeln“ von der Justizministerin, sprich ein Senken der Kosten. **+++ Reform.** Künftig sollen in Deutschland auch Verbraucherschützer gegen Kartelle vor Gericht ziehen können.